

# ***Pressemeldung***

## **PRESSEDIENST**

Lützowstraße 32  
45141 Essen  
Tel. (02 01) 31 05 - 0  
Fax (02 01) 31 05 - 276  
info@awo-niederrhein.de  
www.awo-nr.de

V.i.S.d.P.:  
Klaus Neubauer  
Durchwahl: 213  
klaus.neubauer@  
awo-niederrhein.de

06. 03. 2018

**Die AWO zum Internationalen Frauentag:**

## **"Sexuelle Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht!"**

**Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) nimmt für sich in Anspruch, seit ihrer Gründung im Jahr 1919, vehement für die Gleichstellung von Frauen einzutreten. Und sie verweist zu Recht darauf, einiges für die Rechte der Frauen in Deutschland erreicht zu haben. Von echter Gleichberechtigung von Frauen und Männern könne aber - auch 100 Jahre nach der Einführung des Frauenwahlrechtes - noch längst nicht die Rede sein. In manchen Bereichen werde bereits Erreichtes sogar schon wieder infrage gestellt, bemängelt die AWO anlässlich des Weltfrauentages.**

Das gelte in besonderem Maße im Bereich der Sexualität. Nicht nur in Deutschland bestehe der Trend Abtreibungsgesetze wieder zu verschärfen, Sexualerziehung zu verteufeln oder gleichgeschlechtliche Beziehungen zu kriminalisieren. Die Leidtragenden seien in erster Linie schwangere Frauen. Nicola Völckel, Leiterin des AWO-Beratungszentrums Lore-Agnes-Haus in Essen, fordert: "Alle Menschen sollen ihre Sexualität selbstbestimmt und frei genießen dürfen. In diesem Zusammenhang müssen sie uneingeschränkten Zugang zu Informationen, Beratung und Gesundheitsversorgung haben. Wenn in Deutschland - wie gerade geschehen - eine Ärztin verurteilt wird, weil sie auf ihrer Internetseite darauf hinweist, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführt, dann ist das völlig kontraproduktiv!" Die AWO fordert deshalb den Paragraphen 219a des Strafgesetzbuches zu streichen, der eine solche Information als "Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft" deklariert und unter Strafe stellt.

"Der Internationale Frauentag ist eine gute Gelegenheit, um den Finger in solche Wunden zu legen", sagt AWO Niederrhein Vorsitzende Britta Altenkamp MdL und erinnert an einige offene Posten wie beispielsweise gleiches Geld für gleiche Arbeit oder den nach wie vor viel zu geringen Frauenanteil bei den Führungskräften. Auch das Thema sexualisierte Gewalt gegen Frauen dürfe an dieser Stelle nicht vergessen werden. Die #Metoo-Bewegung habe das Bewusstsein dafür geschärft, wie viel sexualisierte Gewalt es gegenüber Frauen gibt und wie die Machtverhältnisse innerhalb dieser Gesellschaft es immer noch zulassen, dass sexualisierte Gewalt verschwiegen und als "normal" angesehen wird. Auch diesbezüglich sieht die AWO dringenden Handlungsbedarf: "Sexuelle Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht!"

### **Weitere Informationen:**

Nicola Völckel, Telefon: 02 01 / 31 05 - 111, nicola.voelckel@awo-niederrhein.de